

# presse

---

## **Praktika-Studie: Klare Regeln für den Berufseinstieg jetzt durchsetzen**

Anlässlich der heute vom DGB und der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegten Studie zur "Generation Praktikum" erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Der Berufseinstieg über unbezahlte Praktika oder Volontariate ist für über die Hälfte der Hochschulabsolventen der Normalfall. Das ist das zentrale Ergebnis der heute vorgelegten Studie des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung. Berufseinsteiger mit einem regulären Arbeitsvertrag machen hingegen nur 19 Prozent aus. Wer angesichts dieser Zahlen noch davon spricht, der Missbrauch von Praktika und Ähnlichem sei eine "Randerscheinung" oder gar ein "Einzelphänomen", sagt dies ab heute wider besseren Wissens. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, endlich den Kopf aus dem Sand zu ziehen und für die jungen Menschen einen besser schützenden Rahmen beim Berufseinstieg zu schaffen. Die SPD hat hierzu Vorschläge in einem Antrag vorgelegt und wird im Fachausschuss des Bundestages dazu eine zeitnahe Anhörung einfordern. Spätestens dann muss die Bundesregierung Farbe bekennen.

Der SPD-Antrag enthält entscheidende Forderungen zur Verbesserung der Rechtsposition der betroffenen jungen Menschen. Dies reicht von mehr Rechtssicherheit durch eine klare Definition, über die Vertragspflicht und eine angemessene Vergütung von mindestens 350 Euro im Monat bis hin zur Anrechnung der Praktikazeiten als Betriebszugehörigkeit beim Kündigungsschutz. Bei Streitfällen soll künftig der Arbeitgeber nachweisen müssen, dass kein reguläres Arbeitsverhältnis mit entsprechenden Vergütungsansprüchen bestanden hat. Wir stellen unsere Vorschläge öffentlich

zur Kritik und sehen der Anhörung bereits mit Vorfreude und Gelassenheit entgegen. Dem DGB und der Hans-Böckler-Stiftung ist für diesen wichtigen Debattenbeitrag zu danken. Wir sind überzeugt, dass die Koalition ihre starre Haltung aufgeben und von der Ignoranz weg zu einer sachlichen Debatte über die besten Lösungen der offenkundigen Missverhältnisse beim Berufseinstieg zurück kehren wird. Dazu gehörte dann auch einen zeitnahen Termin für die Ausschussanhörung noch vor der Sommerpause mitzutragen und das Thema nicht auf die lange Bank zu schieben.